



FRIEDENS-INFO

Weitere Infos & Kontakt: dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

US-TRUPPENABZUG JETZT – FRIEDEN MIT RUSSLAND UND CHINA!



Die USA und ihre NATO-Verbündeten haben in den vergangenen Jahren einen neuen Kalten Krieg gegen Russland und China gestartet und spitzen die Konfrontation immer weiter zu. Damit steigt die Kriegsgefahr – weltweit und auch in Deutschland. Eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung möchte nicht, dass die Bundesregierung sich in dem Konflikt auf die Seite der USA schlägt – doch die Regierung Merkel verstärkt ihre NATO-Treue sogar noch. Dafür wird mit Steuermilliarden aufgerüstet und das Territorium der Bundesrepublik zum NATO-Aufmarschgebiet gegen Russland gemacht.

Seit Monaten werden US-Regierung und -Opposition nicht müde, China die Schuld am Ausbruch von Covid-19 zu geben – bis hin zur wahnwitzigen These, China habe das Virus sogar selbst entwickelt, um den

westlichen Ländern zu schaden. Dabei verhält es sich genau andersherum: Durch die entschlossenen Maßnahmen Chinas konnte der Ausbruch in Wuhan eingedämmt werden. Die chinesischen Erfahrungen,

Erkenntnisse und Hilfsangebote wurden jedoch monatelang von einigen westlichen Staaten ignoriert – mit katastrophalen Folgen. Den aggressiven Vorwürfen der US-Regierung gegen China schlossen sich auch zahlreiche deutsche Medien und Politiker an, von „Bild“ bis „Zeit“, von den Grünen bis zur CDU. Immer stärker werden wirtschaftliche und politische Maßnahmen gegen China eingefordert. Ein aktuell kursierender, von mittlerweile 760 Politikern aus 37 Staaten unterzeichneter Aufruf verlangt ein geschlossenes Vorgehen der westlichen Staaten gegen die Volksrepublik. Unter den Unterzeichnern finden sich Politiker wie Jürgen Trittin und Claudia Roth von den Grünen.

Säbelrasseln im Pazifik

Diese Initiativen lehnen sich direkt an das militärische Säbelrasseln des US-Militärs im Pazifik an. Bereits in den letzten Jahren hat es im Südchinesischen Meer, in dem China Anspruch auf einige Inseln erhebt, seine Einheiten deutlich verstärkt. Bis zum letzten Jahr verbot der INF-Vertrag zwischen

den USA und Russland den beiden Unterzeichnerländern die Stationierung von (auch nuklear bestückten) Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite bis zu 5.500 km. Schon kurz nachdem der Vertrag nach Kündigung durch die US-Regierung im vergangenen Jahr ausgelaufen war, begann diese mit Raketenstarts im Pazifik – eine ungeheure Provokation gegenüber China und seinen Sicherheitsinteressen. Die US-Regierung kündigte gleichzeitig an, künftig Mittelstreckenraketen in der Region zu stationieren. Hinzu kommen Luftbasen wie auf der Insel Guam und patrouillierende Kriegsschiffe. Die Einkreisung Chinas durch die USA wird auch mit Hilfe seiner Verbündeten Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan vollzogen.

BRD will im Kampf gegen China dabei sein

Auch die deutsche Bundesregierung macht bei der US-amerikanischen Mobilisierung gegen China mit. So forderte Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer im vergangenen November, dass sich Deutschland als Gegenmacht zu China positionieren solle, um dessen angeblichen Machtanspruch einzudämmen. Von militaristischem Größenwahn gepackt, sagte sie: „Ein Land unserer Größe und unserer wirtschaftlichen und technologischen Kraft, ein

Land unserer geostrategischen Lage und mit unseren globalen Interessen, das kann nicht einfach nur am Rande stehen und zuschauen.“ Und das Grundgesetz völlig ignorierend: „Die Aufgaben unserer Marine gehen über die Landes- und Bündnisverteidigung hinaus. Denn See-



wege sind Lebensadern. Und so ist die Freiheit der Seewege für Deutschland und unseren Wohlstand von großer strategischer Bedeutung.“ Daraufhin kündigte die Bundesmarine im März an, die Fregatte „Hamburg“ für Manöver fünf Monate lang in den Indopazifik zu schicken. Statt friedlicher Handelspolitik werden nun die alten kolonialistischen Töne – begleitet von handfesten Maßnahmen – gegenüber China wiederbelebt.

Im kommenden Jahr soll nun das US-Militärmanöver „Defender Pacific“ stattfinden. Bei der größten Übung der US-Armee in der Region seit Anfang der 1990er Jahre werden ab September 2020 innerhalb von 30 bis 45 Tagen 12.000 Soldaten aus den USA nach Ostasien verlegt. Dafür stellt die US-Regierung 364 Millionen US-Dollar zur Verfügung.

Immer deutlicher zeichnet sich ein von den USA vorangetriebener Großkonflikt mit China ab. Hintergrund ist der rasante wirtschaftliche Abstieg der USA und der westlichen Staaten, was ihren Anteil an der Weltwirtschaft betrifft, während Chinas wirtschaftliche Bedeutung immer weiter wächst. Eine deutliche Mehrheit – 73 Prozent – der deutschen Bevölkerung verlangt von der Bundesregierung, sich in dieser Auseinandersetzung nicht an der Seite der USA zu positionieren, sondern neutral zu bleiben (Sicherheitsreport 2020 des „Centrum für Strategie und höhere Führung“). Die Regierung Merkel tritt diesen Mehrheitswillen jedoch mit Füßen – ganz im Sinne des Großkonzernverbands BDI, der von einem Systemwettbewerb spricht.

Kriegsvorbereitung gegen Russland

Dies ist schon politische Tradition: Auch die massive Ver-



schlechterung des deutschen Verhältnisses zu Russland wird mehrheitlich von der Bevölkerung abgelehnt. Und dennoch lässt die große Koalition genauso wie die Grünen, FDP und AfD keine Gelegenheit aus, die Spannungen zu erhöhen. So fand im ersten Halbjahr dieses Jahres das US- und NATO-Großmanöver „Defender Europe 2020“ statt, bei dem nach Planung 37.000 NATO-Soldaten und Kriegsgerät an Russlands Westgrenze verlegt werden soll-

„potenzielles rückwärtiges Einsatzgebiet“, wie es in der Konzeption der Bundeswehr heißt. Das bedeutet: Deutschland wird künftiges Schlachtfeld sein, wenn weiter eskaliert wird!

NATO forciert nukleare Aufrüstung

Der neue Kalte Krieg der NATO gegen Russland wird immer weiter zugespitzt. Unter anderem durch atomare Aufrüstung: Die USA besitzen seit Ende 2019



ten. Die Covid-19-bedingte Verkleinerung des Manövers hat an der aggressiven Ausrichtung nichts geändert: Es ging und geht um einen Test der schnellen Verlegung von Truppen, Waffen und Ausrüstung über europäische Ländergrenzen hinweg – für einen großen Krieg gegen Russland. Dies wurde auf russischer Seite mit Besorgnis wahrgenommen.

„Defender 2021“ stoppen

Doch anstatt nun zu deeskalieren, wird nachgelegt: Nächstes Jahr soll mit „Defender Europe 2021“ die Fortsetzung folgen. In den NATO-Plänen hat unser Land die Rolle als Logistikkreuzscheibe, Aufmarschgebiet und

U-Boote mit neuen, „kleinen“ Atomsprengköpfen auf Trident-Raketen. Mit diesen „taktischen“ Atomwaffen wird die Schwelle geringer, einen nuklearen Krieg vom Zaun zu brechen. Ein Szenario, das die Zerstörung Europas in einem Inferno einkalkuliert! Denn auch hierzulande, auf dem Fliegerhorst Büchel (Rheinland-Pfalz), lagern US-Atombomben, die künftig durch die neueste Generation ersetzt werden, was nichts anderes als nukleare Aufrüstung bedeutet. Im April kündigte Kramp-Karrenbauer den Kauf von 30 F-18-Kampfflugzeugen für die Bundeswehr an, die im Ernstfall im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO die Bomben abwerfen würden.

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung
Zeitung der DKP



Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne (gratis):

- Die UZ sechs Wochen Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- Weitere Informationen über die DKP

Name

Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ

Ort

Telefon

E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: **DKP-Parteivorstand**
Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen
Tel.: 0201 - 17 78 89 23
E-Mail: info@unsere-zeit.de

Auch in diesem Fall handelt die Bundesregierung gegen den Willen einer deutlichen Mehrheit der Bundesbürger (61 Prozent). Im Falle eines Atomkrieges wäre die Bundesrepublik also ein unmittelbares Angriffsziel!

Rüstungskosten zahlt die Bevölkerung

Die Regierung Merkel will mit der engen Anbindung an den US-Imperialismus ihren Beitrag zur Aufrechterhaltung der weltweiten militärischen Dominanz der NATO leisten. Angesichts des angekündigten Abzuges von 10.000 US-Soldaten aus

Deutschland ist es geboten, den sofortigen, vollständigen Abzug der US-Truppen zu fordern, einschließlich der Kommandozentralen, Munitionsdepots und Atombomben. Anstatt immer weiter aufzurüsten und neues Kriegsgerät wie zum Beispiel Kampfdrohnen anzuschaffen, gilt es abzurüsten. Die enormen Kosten des Rüstungswahnsinns bürdet die Regierung großen Teilen der Bevölkerung auf, während Rüstungskonzerne profitieren. Bewusst wird das Verhältnis zu Russland und China immer weiter verschlechtert – auf Kosten von Sicherheit und Frieden in unserem Land.

Wir fordern:

- ★ **Frieden mit Russland und China statt Sanktionen und Aggressionen!**
- ★ **Kein Aufmarschgebiet gegen Russland!**
- ★ **Deutschland raus aus der NATO – NATO raus aus Deutschland!**
- ★ **Rüstungsmilliarden in Sozial-, Renten- und Gesundheitskassen**

Büchel dicht machen!

Im rheinland-pfälzischen Büchel lagern 20 US-Atombomben. Im Rahmen der „atomaren Teilhabe“ Deutschlands werden sie im Falle eines Atomkriegs von Bundeswehrsoldaten auf US-Befehl ausgeflogen und abgeworfen. Dass es sich dabei nicht um ein Relikt aus alten Zeiten handelt, lässt sich daran erkennen, dass die Bomben modernisiert werden sollen und die deutsche Verteidigungsministerin neue Trägerflugzeuge für die Atombomben einkauft. Die Gefahr, dass die Atombomben in Büchel zum Einsatz kommen, ist real.

Die Friedensbewegung fordert seit langem, dass die US-Atomwaffen raus aus Deutschland sollen und der Standort Büchel dicht gemacht werden muss. Die Initiative „Büchel atomwaffenfrei“ organisiert seit einigen Jahren Aktionswochen vor dem Fliegerhorst. Daran beteiligt sich auch die DKP mit Blockade-Aktionen. Militär und Polizei haben inzwischen auf die stärker werdenden Proteste reagiert, den Sicherheitszaun um das Lager verdoppelt und der Initiative ihre Friedenswiese vor dem Haupttor genommen. Die große Mehrheit der Bevölkerung sagt Nein zu den US-Atombomben in Deutschland. Der Protest lässt sich nicht aufhalten. Er wird stärker werden.



dkp.de

V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand,
Hoffnungstr. 18, Essen


DKP
Deutsche Kommunistische Partei